

ISLAM: DER LANGE WEG ZUR INTEGRATION

INTERVIEW AVEC JONATHAN LAURENCE

Der Islam wird oft mit Angst betrachtet. Gibt dafür verschiedene Gründe in Frankreich und Deutschland?

In Deutschland leben etwa vier Millionen Muslime, davon stammen drei Viertel aus der Türkei. Nordafrika war dagegen selbst einmal ein Teil Frankreichs. Bis heute wird die Wahrnehmung des Islam durch den Algerienkrieg geprägt. Ängste gibt es jedoch in beiden Ländern aus zwei Gründen: Einerseits aus Sicherheitsgründen, da der Islam häufig mit Terrorismus in Verbindung gesetzt wird. Andererseits aus kulturellen Gründen, da die Menschen sich die Frage stellen, ob Islam und Demokratie vereinbar sind.

Sind die Beziehungen der Institutionen zum Islam in einem der Länder entwickelter?

In beiden Ländern hat die Politik es dem Islam nicht leicht gemacht, aber Frankreich ist Deutschland ein wenig voraus, da es die dauerhafte Präsenz des Islam in seiner Gesellschaft früher akzeptiert hat. Zunächst wurden die religiösen Infrastrukturen nur durch die Botschaften geregelt. Aber es gab große Verbesserungen durch die Einführung des französischen Islamrates (CFCM) 2002/2003 und der Deutschen Islamkonferenz 2006. Auch wenn die Hoffnungen, die in diese beiden Strukturen gesetzt wurden, nicht vollständig erfüllt wurden, normalisieren sich die Verhältnisse.

Probleme bei der Integration von Muslimen haben sowohl Frankreich als auch Deutschland. Gerade die Sozialisten tun sich dem amerikanischen Islamexperten Jonathan Laurence zufolge schwer, einen normalen Umgang mit dem Islam zu finden.

DAS INTERVIEW FÜHRTEN LUC ANDRÉ UND SANDRA KÖSSLER

Verlangt man mehr von den Muslimen?

Ich würde sagen, dass man von den Muslimen genau so viel verlangt, wie von den anderen Religionsgemeinschaften, die als solche anerkannt werden möchten. Sobald eine Religion Schulen gründen bzw. Religionsunterricht erteilen möchte, Kultstätten und Friedhöfe bauen, ist eine Kontrolle nötig und die wird auch durchgeführt. Die Assimilation dagegen ist ein Ideal, das man in Realität nicht auf die Bürger anwendet. Man verlangt nur, dass die Rechte respektiert werden. Zu diesem Anpassungsprozess sind die Muslime durchaus bereit.

Sind die Probleme, die bei der Integration auftreten, in beiden Ländern dieselben?

Ein wichtiger Unterschied besteht in den Sprachkenntnissen. In Frankreich sprechen die Muslime Französisch. Die Probleme im Bildungssystem beschränken sich nicht auf





„Wenn die Muslime auf der Straße beten, dann liegt das doch nicht daran, dass sie das gerne draußen machen, sondern dass es nicht genügend Moscheen gibt.“

© YAGHOZADEH RAFAEL/SIPA

die Muslime, sondern rühren eher von der Ausgrenzung der Bewohner der Vorstädte. In Deutschland fangen dagegen viele Muslime sprachlich bei Null an und haben deshalb von Anfang an Schwierigkeiten in der Schule. Eine mit finanziellen Hilfen verbundene Kindergartenpflicht könnte dazu beitragen, dass sich dieses Problem nicht über Generationen fortsetzt.

Erschwert der staatliche Laizismus in Frankreich die Lage der Muslime?

Der Laizismus ist in der Realität nicht so streng. Warum würden sonst die Flaggen auf Halbmast gesetzt, wenn der Papst stirbt? Oder Religionsgemeinschaften indirekt subventioniert, indem man ihnen für einen symbolischen Preis den Boden für eine Glaubensstätte verkauft? Hier gibt es durchaus Wege für die Religionsgemeinschaften, aber es ist auch eine institutionelle Regulierung nötig. Wenn sich das normalisiert hat, wenn es genug Imame gibt, die die Sprache und den Kontext kennen, genug Geistliche in den Gefängnissen, wird ein großer Teil der Vorbehalte gegenüber dem Islam verschwinden. Wenn Marine Le Pen anprangert, dass die Muslime auf der Straße beten, dann liegt das doch nicht daran, dass sie das gerne draußen machen, sondern dass es nicht genügend Moscheen gibt.

Wird der Regierungswechsel in Frankreich die Integrationspolitik und den Umgang mit den Muslimen entscheidend verändern?

Nicolas Sarkozy hat sich gegen Ende seines Mandats einige Ausrutscher geleistet, aber man darf nicht vergessen, dass er sehr viel für den französischen Islam getan hat, wenn auch vor allem aus wahltaktischen Gründen. Die Normalisierung lief also parallel zur vergifteten Debatte in der Gesellschaft. Die Sozialisten fühlen sich dagegen generell weniger wohl mit der Religion als die französischen Konservativen, da sie ihre Wurzeln im Antiklerikalismus haben. Davon ist bis heute eine gewisse Verdachtshaltung geblieben. Die Parteien rechts der Mitte haben immer die Wichtigkeit der Tradition, auch der religiösen Werte betont. Zwar setzen sich die Linken stark gegen Rassismus ein, aber sie wollen auf keinen Fall, dass die Initiative „Touche pas à mon pote“ (Fass meinen Freund nicht an) von SOS Rassismus zu „Touche pas à mon prophète“ (Fass meinen Propheten nicht an) wird. Die Sozialisten sind in die Enge getrieben und müssen sich diesem Paradox stellen. ●



© SAUTIER PHILIPPE/SIPA

KONKORDAT

EINE ISLAMFREUNDLICHE TRADITION?

LE STATUT PARTICULIER DE L'ALSACE-MOSELLE

Auch ohne offizielle Anerkennung genießt die muslimische Gemeinschaft im Elsass viele Vorteile. Das erleichtert aber die Integration dieser Religionsgruppe nicht unbedingt. VON CLAIRE GANDANGER

Seit September verfügen die Straßburger Muslime über die größte Moschee Frankreichs. Ein Viertel der Kosten wurde durch öffentliche Mittel gedeckt – eine Ausnahme in Frankreich, wo Kirche und Staat seit 1905 gesetzlich streng getrennt sind. Damals gehörten das Elsass und Lothringen zum deutschen Kaiserreich. Altes französisches und deutsches Recht gelten somit immer noch in der heutigen Region Elsass und im Département Moselle. Dazu gehören das Konkordat und weitere Gesetze, die Katholizismus, Protestantismus und Judentum anerkennen. Der Staat entlohnt Priester, Pfarrer und Rabbiner. Imame gehören nicht dazu. Die religionsfreundliche Tradition und das lokale Recht können jedoch auch dem Islam zugutekommen. Kommunen, Départements und Regionen dürfen Kultvereinen Geld zuwenden, wenn dies ihnen zufolge im allgemeinen Interesse geschieht. Im Elsass leben 140 000 Muslime. Mehrere Kommunen haben sich an den Baukosten von lokalen Moscheen beteiligt. In Straßburg sind derzeit zwei Moscheebauprojekte im Gang. Das lokale Recht machte es der Stadt auch möglich, einen öffentlichen muslimischen Friedhof zu eröffnen. Die zuträgliche Rechtslage geht jedoch nicht immer mit politischem Willen einher. In Metz, im Département Moselle, stößt das Bauprojekt einer großen

Moschee auf weniger Unterstützung. Die Stadt stellte ein Gelände bereit, was auch andernorts in Frankreich möglich ist. Finanziell hilft sie den muslimischen Vereinen aber nicht, die sich schwer tun, das nötige Geld zusammen zu bekommen. Die Verfechter der Laizität hätten es lieber, dass die öffentliche Hand Religionsgemeinschaften überhaupt nicht mehr unterstützt. Und das neue selbstbewusste Auftreten des Islams gefällt nicht allen. Im Elsass kritisiert der rechtsextreme Front National immer wieder eine Veruntreuung des lokalen Rechts. Die Bedingungen für eine öffentliche Finanzierung sind nicht immer eindeutig und werden von den Parteien unterschiedlich ausgelegt. In Straßburg entstand das Moscheeprojekt der maghrebinischen Vereine vor 15 Jahren mit der Unterstützung der Sozialisten. Nach dem politischen Wechsel im Rathaus strichen die Konservativen das Minarett und das Kulturzentrum aus den Plänen. Die finanzielle Beteiligung anderer Länder wie Marokko beunruhigte sie. Bei ihrer Rückkehr 2008 führten die Sozialisten ihr Motto „égalité des devoirs, égalité des droits“ (gleiche Pflichten, gleiche Rechte) weiter. Die große türkische Moschee Straßburgs verzichtete lange auf öffentliche Unterstützung. Heute verhandelt die Gemeinde mit der Stadt, um das alte Fabrikgebäude, das sie seit 1996 als Gebetsstätte benutzt, umzubauen. ●